



Ausgabe:		Mk.	
An die Hauptkasse gefandt		649,53	
Für Reiseunterstützung		249,20	
Rechtsbuch		26,40	
lokale Ausgaben in nachstehenden Posten		758,17	
Gehalt Schöpfe,			
13 Wochen à 30 Mk.	Mk. 390,—		
Bureauanteile 3 Mon.	90,—		
Bur.-Reisnig. 3 Mon.	21,—		
Telephon 3 Monate	37,50		
Porträge in Verf.	4,—		
Entschäd. bei Sitzung	27,50		
Annoucen u. Handzettel zu Versammlungen	55,95		
Porto Schöpfe 25,42			
Diener 16,—	41,42		
Feuerung	17,50		
Gewerkschafts.-Beitrag 1/2 Jahr	30,—		
Gewerbeger.-Beitrag	40,—		
Gewerversicherung	3,30		
<b>Summa:</b>	<b>Mk. 1683,30</b>		

Ein derartiger Prozentsatz, allgemein für Verwaltungs-zwecke angenommen, würde den Reim des Vereins bedeuten. Bei aller Rücksicht auf bestehende lokale Zwangsverhältnisse, glaubte der Ausschuss nur als Reueveries 30%, also den verdoppelten Satz des statutarischen Betrags gelten zu lassen und veranworteten zu können. Die begriffliche Zwangsverhältnisse Berlins anerkennend, gestatteten wir uns verschiedene Vorschläge zu machen. Welche Beurteilung unter durch das Vereinsstatut, des Gesetzes für alle Vereinsmitglieder, begründetes Vorgehen seitens der Zahlstelle Berlin I erlaube, darüber verweisen wir auf den Versammlungsbericht in Nr. 4 der „W. Br.“ Auf diesen selbst eingegangen, ist der Zweck nachstehender Zeilen. Zur Veranschaulichung geben auch wir das Schreiben der Berliner Verwaltung in dieser Angelegenheit mit bekannt:

An den Vorstand des Vereins der Lithographen x.

In der Verwaltungssitzung am Freitag, d. 3. Deabr. 1898 wurde die Antwort des Ausschusses inbetreff des Vereinsbureaus in Berlin verlesen. Die Verwaltung nahm hieron Kenntnis und diskutirte noch einmal lehr eingehend über diese Frage, konnte sich aber abfolut nicht dafür entscheiden, daß das Bureau in eine Genossenschaft verlegt wird. Die Gründe für diese Entscheidung sind schon in der kombinierten Sitzung vorgebracht worden, besonders wurde aber noch darauf hingewiesen, daß sich die Arbeitslosen mehr oder weniger dazu verhalten lassen in einem Lokal Schulden zu machen, in der Hoffnung, am Sonnabend bei Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung zu bezahlen. Gleichzeitig schreibt das Gewerbegezet vor, daß Lohnzahlungen in Geschäftsbüros nicht stattfinden dürfen, resp. unter das Trucksystem fallen und befristet werden. Wir können also auf keinen Fall diese schädliche Veränderung unterstützen. Wir können auch nicht aus der internationalen Kasse Gelder in unsere Kasse hineinschieben, eriens well es unanständig ist, zweitens weil überhaupt nichts da ist und nichts da sein wird. Bemerk: die schlechte Beteiligung der Provinzen. (Wir machten lediglich den Vorschlag, es möge mit den Delegierten des internationalen Kongresses eine Aussprache

herbeigeführt werden, ob es nicht zu einem Aushilfsbüreau, die Tätigkeits Schöpfe's als internationaler Vertrauensmann mit geringer Vergütung zu gewähren. Die obige Deduktion bedarf insofern auf einer Bewußtheit. Anmerkung des Ausschusses.)

Die Verwaltung bezieht, daß das Vereinsbureau, so wie es bisher bestand, noch auf ein (1) Jahr bestehen bleibt, um die Agitationkommission erit richtig ihre Tätigkeits entfalten zu lassen, in der Hoffnung, daß sich die Mitgliederzahl der Filiale Berlin bedeutend hebt. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß, da doch nicht die Aussprache eines jeden Verwaltungsmitgliedes einzeln aufgeführt werden kann, so doch gesagt werden muß, daß die Verwaltung das allgemeine Empfinden hatte, daß es richtiger gewesen wäre, wenn der Vorstand auf die Antwort des Ausschusses zuerst, d. h. vor der Verwaltung beschloffen hätte, um auch die Antwort des Vorstandes in dieser Sache zu haben. Wir eruchen nun den Vorstand in dieser Sache Beschluß zu fassen und uns die Antwort so schnell wie möglich anzustellen, insofern wir dieselbe noch vor Statistenden der Verwaltungssitzung am 9. Januar haben.

Da die Sache von weittragender Bedeutung für Berlin ist, erwarten wir bis 9. Januar bestimmte Antwort.

Die Verwaltung Berlin.  
J. A. H. Schöpfe.

Jeder objektive Beurteiler des Berichtes wird nur das Eine sagen, daß sich die Berliner Mitglieder von einer Seite zeigen, so einherzig und egoistisch, wie sich keine andere Zählstelle erwies. Weil die Verlegung des Bureaus in ein event. abzumietendes Zimmer einer Mitgliedschaft empfohlen wird, könnte auch einmal die Organisation nur Schaden haben. Man könnte bald annehmen, die Berliner Kollegen sind alle Temperenzler geworden, oder die Kollegen von früher, zur Zeit des Nachweises in einer Mitgliedschaft, (wo der Mitgliederstand ein guter war) hätten I. B. an ihrem Charakter Schiffbruch gelitten. An eine Extrabesteuerung könne nur bei Verlust von Mitgliedern gedacht werden. Also für eine Einrichtung, deren Vorteile doch nur den Berlinern zu gute kommt, haben sie keinen Gemeinfinn mehr, mit ein paar Pfennigen pro Woche ihre im März-April 1894 mit 726 Stimmen gescheiterte Einrichtung zu halten. Wenn sich I. B. bei Schaffung des Bureaus, jodelt Einseitig zeigte, daß die Einrichtung nur ohne Belastung der Allgemeinheit geschehen könne, so ist auch noch heute keine andere Beurteilung möglich. Hat die kompetenteste Stelle, die Generalversammlung vorigen Jahres nicht erit durch Ablehnung des Berliner Antrages konstatirt, daß bezüglichen Ausgaben, Extrarechte, auch nur durch Extrateuern sich realisieren lassen. Wenn sich durch Einherzigkeit der größeren Masse der Kollegen solche Einrichtungen nicht mehr halten lassen, müssen sie eben fallen, das gleiche ist in anderen Zählstellen auch der Fall. Daß die Erhöhung der Beiträge und der Ausschluß anderer Arbeiterkategorien schließlich auf die Agitation wirken, daran ist nicht zu zweifeln, trifft aber die Vereinsmitglieder der anderen Zählstellen in gleicher Weise. Deshalb heißt es eben allgemein Haushalten, auch in solchen Zählstellen, die mehr von den Verhältnissen betroffen wurden. Daß das eventuelle Einlegen des Bureaus gleicher Zeit das Ein-

gehen der Berliner Zahlstelle bedeuten würde, daß eine solche Ansicht ausgesprochen werden kann, ist bezeichnend für die Auffassung des größten Teils der Kollegen. Wenn diesem Ausdruck Gewicht bezulegen wäre, läge ein Armutzeugnis vor, wie ein solches größer noch nicht ausgesprochen wurde. Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen die Unterstellung wenden, als wäre die Erhöhung des Gehalts Schöpfe's Schuld an dem jetzt bestehenden Konflikt. Wir erklären es öffentlich, daß uns die Geschäftsanteile der Berliner Zahlstelle völlig unberührt läßt bei unserem Entschieden. Wir fühlen uns somit noch in der Lage, den statuarischen Bestimmungen ihr Recht zu lassen, wie dieselben einmal von den Vertretern der Gesamtheit auf der General-Versammlung in den § 32 geschaffen wurden. Andernfalls aber haben wir aus gleichem Grund uns veranlaßt, die uns auferlegten Verpflichtungen, darüber zu wachen, daß auch allseitig das Interesse der Allgemeinheit gewahrt werde, nachzukommen. In jeder Hinsicht ist die Ansicht ungerichtet, ein Jahr Probearbeit zu bewilligen. Kollege Rose spricht von einer jetzt eingetretenen Erparnis, daß der Lokalführer früher 60 Mk. erhielt, was jetzt wegnie. Es ist wert gekommen, wann ein früheres Hauptvorstandsmitglied es selbst übersehen konnte, daß diese früheren Zahlungen von jeder statutenwidrig waren. Daß bereits jahrelang in ungerichteter Weise die Allgemeinheit durch kolossale Ausgaben für rein lokale Zwecke seitens der Berliner Zahlstelle belastet urd die General-Versammlung scharf verurteilt gehalten, haben die Berliner, wie es scheint, vergessen. Ist es ein Zeichen von sparsamer Haushaltung, wenn Telephonverbindung beibehalten wird, wo wie unumwiderrprochen konstatirt werden konnte, im Lichte nicht täglich ein Gespräch stattfind. Diese Umstände bestanden schon diese geraume Zeit, so daß auch der Vorstand Veranlassung nehmen mußte betreffs der so hohen Ausgaben zu interpellieren. War in der ganzen Zeit nach dem Streik eine Besserung in den Verhältnissen der Zahlstelle Berlin nicht zu erleben, trotzdem ein Vereinsbureau bestand, so kann auch jetzt keine weitere Zeit mehr zugestanden werden. Es sind sowieso schon 1/2 Jahr bald nach der Generalversammlung verstrichen. Wenn allen Berichten, mit dazu beizutragen durch Vorschläge verschiedener Art, die Einnahmen der Zahlstelle zu erhöhen, nichts weiter entgegen gehalten werden, wie so lächerliche Argumente, daß die Auszahlung einer freiwilligen Unterstützung in einer Wirktheit als gegenwärtig anzusehen ist, so wird eben nur der Nachweis erbracht, daß man abfolut nicht will. Auch die Ansicht, daß jede Kontrolle der Handhabung der Statuten in den einzelnen Zählstellen resp. der Verwaltungen durch den Ausschuss überflüssig geworden ist, ist sicher eines Prestes wert. In welchen Farben malt sich wohl in des Redners Kopf die Welt, der eine kommissarische Verwaltung einer Zahlstelle in Aussicht fikt? Wenn wir so weit wären, dann hätten wir eine gute Zeit, dann könnten sich jedenfalls nicht mehr so viele der Angehörigen zum Verein entziehen, denn würde wohl Zwangsmitgliedschaft herrschen. So lange wie dieser Zustand aber nicht herrscht, so lange sich die Kollegen im uregeligen Interesse zur Wahrung deselben zusammenfinden, heißt es eben: Einer für Alle, Alle für Einen. Besteht die Zahlstelle etwa im Interesse des Vorstandes und Ausschusses oder in ihrem eigenen Interesse? Der Verlust des Streikes von 1896 muß hauptsächlich schädliche Verwüstung angerichtet haben, das meißt man aus dem Bericht. Was Nürnberg anbetrifft, so werden die Tatsachen in gleicher kritischer Weise beleuchtet. Kann es wohl aber auch einen unglücklicheren Vergleich geben? Wir lassen Zahlen sprechen: Abrechnung April-Juni 1898.

Mitgl.-Beitrag	619	1094,20	223,51	493,34	287,40
Büro	269	755,20	568,37	167,12	—
Wäre es nicht besser, es würde erit, ehe man dergleichen Sachen vorbringt, die Wirkung berechnet.					

Wie allgemein die Zustimmung einzuziehen droht, gestatten wir uns an einer Fußnote zu konstatieren:

Halberstadt, den 23. Dezember 1898.  
Weiter Kollege!

Die am Sonnabend, den 17. Dezember stattgefundene Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle hat mich beauftragt, bezüglich der letzten Quartalsabrechnung folgende Frage an Sie zu richten:

Wie kommt es, daß die Zahlstelle Berlin I, im Verhältnis zu allen anderen Zahlstellen, für Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben so hohe Summen verrechnen konnte und zwar 70 Prozent der gesamten Einnahme?

Es fällt umhohere auf, da unsere Zahlstelle für betreffende Rubriken bisher 0% zu verrechnen hatte. Möglichst klaren Bescheid erwartend, zeichnet  
mit kollegialem Gruß  
Fr. Schmetter, Bevollmächtigter

Indem wir hiermit die Tatsachen den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht haben, eruchen wir gemäß § 22 Abs. 3 eine Entscheidung dahin zu treffen, ob dem Verlangen der Berliner Zahlstelle (Siehe „W. Br.“ Nr. 4) zuzustimmen ist, oder von derselben gefordert werden darf, daß zur Erhaltung einer lokalen Einrichtung gemäß § 4 Abs. 4 ein Lokalführer zu erben sei.

Die Bevollmächtigten und Vertrauensmänner werden ersucht, die Entscheidung baldmöglichst Unterzeichneten schriftlich zugehen zu lassen.

Mit kollegialem Gruß  
Der Ausschuss.  
J. A. Ostler, Friedenstr. 9 III.

### Abrechnung

#### über die Sammlung zum II. internationalen Kongreß im August 1898 in Bern.

Einnahme:		Mk.		Mk.		Mk.	
Altenburg	4,50	Eibfeld	3,55	Mannheim	6,90		
Altwaasser	9,65	Erfurt	6,27	Melzen	7,10		
Augsburg	5,25	Frankfurt a. M.	39,50	München	34,75		
Baden-Baden	3,20	Frankfurt a. O.	3,55	Münster	2,50		
Barmen	5,25	Fürth	19,65	Niederbillich	15,20		
Bayern	7,—	Gera	11,80	Nürnberg	55,—		
Berlin I.	132,65	Glogau	22,65	Offenbach	9,80		
Berlin II, Chemnig.	5,50	Hamburg	28,40	Plauen	5,—		
Bielefeld	8,10	Halle a. S.	2,80	Neu-Ruppin	3,55		
Brandenburg	10,70	Halberstadt	10,—	Stettin	13,65		
Bremen	9,75	Hannover	77,15	Steinhagen	4,75		
Breslau	22,—	Heilbronn	5,50	Stuttgart	30,20		
Bunzlau	1,45	Högter	4,—	Schlettau	1,20		
Bünde	1,80	Jena	5,70	Strasbourg	8,35		
Cassel	8,10	Kiel	6,50	Solingen	4,75		
Cöln	7,55	Neu-Jenbung	1,15	Wandsbeck	14,85		
Crefeld	3,—	Karlshagen	4,—	Wetmar	3,10		
Danzig	1,60	Kaufbeuren	17,65	Witzburg	2,40		
Darmstadt	5,25	Kiel	6,50	Witau	2,15		
Dessau	1,95	Leipzig	100,60	Woldau	1,20		
Dortmund	3,20	Leitshagen	9,—	Durch Mühlingshaus	1,20		
Detmold	9,70	Lübeck	10,10				
Dresden	47,55	Lüdenscheid	1,—				
Düsseldorf	3,—	Magdeburg	8,80				
				Summa:	Mk. 951,12		

  

Einnahme:		Mk.		Ausgabe:		Mk.	
Ueberschuß vom 1. Kongreß 1896	326,25	Druck der Protokolle 1896	355,—				
Für Litteralsammlung	951,12	Däten und Reisegeb. d. Delegierten nach Bern	458,45				
Für Protokolle vom 1. Kongreß	61,37	Für Druckfachen: Protokolle, Listen x.	431,80				
		Für Porto	71,95				
		Kosten der Kommission	19,—				
<b>Summa:</b>	<b>Mk. 1338,74</b>			<b>Summa:</b>	<b>Mk. 1336,20</b>		

Bilanz:		Mk.	
Einnahme	1338,74		
Ausgabe	1336,20		
<b>Ueberschuß</b>	<b>Mk. 2,54</b>		

welcher dem internationalen Vertrauensmann Schöpfe, Berlin, übergeben ist.

Aus folgenden Orten sind weder Listen noch Geld eingelaufen:  
Wachen, Acherleben, Aichsfeld, Bonn, Coblenz, Ganau, Hildesheim, Kosen, Konstantz, Königsberg, Laßr, Lüneburg, Mainz, Reintingen, Reindendorf, Rudolstadt und Schwarzenberg.

Aus Chemnitz sind wohl Listen, aber kein Geld (Mk. 10,21) eingelaufen.

Die Kommission.  
Witz. Br. G. H. Schmetter. Erwin Weyhoff. Louise Sigismund. Paul Bräutigam.



